Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 160 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend | Halver Donnerstag, den 10. Juli 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf. für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der deutsche Botschafter in Paris von Hoesch hatte eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Herriot über die Stellung der deutschen Regierung zum Dawes-Gutachten.

* In München wird amtlich mitgeteilt, daß die Meldungen über die Stellungnahme Helds zum Dawes-Gutachten nicht amtlichen Charakter hatten und teils ungenau, teil unrichtig waren.

* Adolf Hitler ist von der Führerschaft der national-sozialistischen Bewegung zurückgetreten. An seine Stelle soll der Abgeordnete Strasser treten.

* Ernst Toller ist nach Verbüßung der gegen ihn verhängten fünfjährigen Festungsstrafe aus Niederschönenfeld entlassen worden.

* Im französischen Senat wurde die Interpellationsdebatte, die zum Sturz Herriots dienen sollte, wegen des Besuches Macdonalds vertagt.

Die Londoner Konferenz.

Das französische Programm.

Über das Programm der französischen Regierung für London meldet die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune": „Herriot hält an den in dem Versailler Vertrag festgelegten Rechten Frankreichs fest, zeigt aber in einer Reihe von Punkten seinen Verständigungswillen, ohne indessen von der Form des Versailler Vertrages abzugehen. Ein hervorstechender Zug der französischen Note, der ohne Zweifel in Deutschland einen Sturm der Entrüstung hervorrufen wird, ist die bekannte Weigerung Herriots, die Deutschen zu der Londoner Konferenz zuzulassen, solange sie nicht die zur Ausführung des Sachverständigenberichts erforderlichen Gesetze angenommen haben. Dieses Ultimatum ist in der Note, die versandt werden soll, in entschiedenstem Ton gehalten, und der Reichstag wird gezwungen sein, ja oder nein zu sagen, denn die Franzosen werden die Londoner Konferenz verlassen, falls England den Versuch machen sollte, die Deutschen vor der Annahme der durch den Dawes-Bericht bedingten Gesetze einzuladen."

Wenn dies zutrifft, so kann uns der Eigenwille der Franzosen nur willkommen sein. Nehmen sie das Dawes-Gutachten nicht als Ganzes an, so gewinnt auch Deutschland größere Bewegungsfreiheit. Die werden wir namentlich zum Schutze gegen willkürliche Feststellung von „Verfehlungen" und Verhängung von Sanktionen brauchen. In diplomatischen Kreisen der Entente geht jetzt wieder folgender Plan um: „Die Mitglieder der Reparationskommission würden als unabhängige Sachverständige unter dem Vorsitz eines amerikanischen Sachverständigen zusammentreten und diese Körperschaft bilden, die nicht nur darüber zu bestimmen hat, ob das Reich sich Verfehlungen zuschulden kommen ließ, sondern die auch die Ergreifung der geeigneten Maßnahmen in die Hand nehmen würde."

Über die Ansichten der belgischen Regierung hielt auf einem Bankett der auswärtigen Presse der belgische Außenminister Hymans eine Ansprache, in der er u. a. sagte: „Ist es nicht unerläßlich, daß die verbündeten Mächte für den Fall, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehen sollte, wie während des Krieges gemeinsam und geschlossen vorgehen? Auf welche Weise soll die Feststellung der Verfehlungen und die gemeinsame Aktion der verbündeten Mächte vollzogen werden? Das sind ohne Zweifel heikle Probleme, die im Rahmen des Versailler Vertrages gelöst werden müssen. Wir werden sie in London in voller Unabhängigkeit in einer Atmosphäre der Persönlichkeit zur Sprache bringen. Hymans fügte hinzu, daß das Problem der interalliierten Schulden und der Sicherung in London nicht erörtert würde.

Die Deutschen in Oberschlesien.

Ist die Option eine moralische Pflicht?

In wenigen Tagen läuft in dem an Polen abgetretenen Teil Oberschlesiens die Optionsfrist ab. Wer bis dahin nicht für Deutschland optiert hat, wird ohne weiteres Pole, d. h. polnischer Staatsbürger, aber wohlgemerkt polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität. Zahlreiche Deutsche, die im abgetretenen Gebiete geblieben sind, sehen sich deshalb heftigen Angriffen ausgesetzt, als seien sie Verräter am Deutschtum. Das ist ein Unrecht, gegen das der Oberschlesische Kurier in einem bemerkenswerten Artikel Stellung nimmt. Er schreibt:

Die Gewissensnot, in die die Optionsberechtigten gestürzt sind, wird viel zu wenig erkannt, und viel zu wenig denkt man an den Seelenzustand, in dem sie sich gerade in diesen Tagen der Entscheidung über ihr künftiges Leben befinden. Es ist kein Zweifel, daß zahlreiche Deutsche sich bei ihrer Nichtbeteiligung an der Option von dem Gedanken leiten lassen, daß sie nach der Option für Deutschland Polen verlassen müssen, wobei ihr gesamtes Eigentum liquidiert wird und sie als Mittellose dem Reiche zur Last fallen. Es gibt also keinen ungerechteren und falscheren Vorwurf, als den, der nicht für Deutschland optiert, als einen Verräter zu erklären und ihn gesellschaftlich zu ächten. Die Deutschen Polnisch-Oberschlesiens, die polnische Staatsbürger geworden sind und werden, wissen durchaus, was sie tun. Auch im fremden Lande bleiben sie Deutsche, wenn auch nicht der Staatsangehörigkeit, so doch dem Volkstume nach, Deutsche, die ihr Wahlrecht, ihr Recht auf deutsche Schulen behalten, ihre Gleichberechtigung durchsetzen und als vollberechtigte Bürger des polnischen Staates ihr Deutschtum pflegen und wahren wollen bis ins fernste Glied. Nur wer nicht versteht, was diese Volksgenossen mit ihrem Verzicht auf die Option leisten, kann sie Verräter nennen.

Das Urteil von Stettin.

Schuld und Sühne.

Stettin, 8. Juli. Im Graff-Prozeß wurden die Angeklagten Kaws und Engeler zum Tode verurteilt; der Angeklagte Schwirrat wurde freigesprochen. Der Vorsitzende verkündete, daß das Schwurgericht sich entschlossen habe, von sich aus sofort die Begnadigung der Angeklagten anzuregen.

In ungeschütztes, unverteidigtes Land sind die Belgier und die Franzosen eingebrochen, weil dieses Land den riesenhaften Tribut nicht mehr leisten konnte, den man ihm auferlegt hatte. Man führt Krieg gegen die wehrlose Bevölkerung, lose sitzt die Kugel im Lauf, unerhörte Bedrückungen und Drangsalierungen, Mord und Totschlag und Mißhandlungen sind an der Tagesordnung und man verfährt mit den Deutschen, wie man es im Kongostaat gelernt hatte. Aber keine Stimme erhebt sich im englischen Unterhaus gegen diese Rhein- und Ruhrgräuel.

Unerhörtes leidet die Schutzpolizei. Gerade diese Männer, die ja alles altgediente Soldaten sind, werden besonders „behandelt". Sie, die deutschen Waffenruhm getragen haben von Flandern bis zum Suezkanal, von der Düna bis zum Tagliamento, müssen stramm stehen vor den Belgiern, die sie einst im August 1914 gejagt haben wie die Hasen. Nicht mucksen dürfen sie, wenn sie beschimpft werden, wenn die Reitpeitsche über ihr Gesicht pfeift. Und was das schlimmste ist, es finden sich „Deutsche", die den Einbrechern Spionendienste leisten, die Gespräche belauschen, Denunzieren, die Unvorsichtigen ins Gefängnis werfen lassen. Gegen gute Belohnung natürlich. Schließlich — ein Schuß. Einer von diesen Verrätern, denen alles straflos ausgeht, knallt einen Schupobeamten auf offener Straße über den Haufen nach einer unbedeutenden Zänkerei.

Furchtbar ist die Erregung unter der Bevölkerung: denn der Mörder läuft ja, durch die Belgier geschützt, unbestraft durch die Straßen Hamborns. Noch dumpfer, aber entschlossener grollt es in der Schupo. Man will den Kameraden rächen an dem Verräter, der zugleich Mörder ist. Die Tat geschieht, nur trifft die vergeltende Kugel den Falschen. Dort im besetzten Gebiet, wo die Belgier all und jedes Recht mit Füßen treten, hat man, formell im Unrecht, zur Selbsthilfe gegriffen. Die Täter entkamen und die Rache der Belgier trifft — sie wissen es — Unschuldige; in einem mittelalterlich anmutenden „Gerichts"verfahren, nachdem seelische Foltern, Drohungen, Mißhandlungen die entscheidende Rolle gespielt hatten, wird die Todesstrafe ausgesprochen, die Angeklagten dann freilich zu jahrzehntelanger Zuchthausstrafe „begnadigt", obwohl die wirklichen Täter sich gemeldet haben und vor dem belgischen „Gericht" erschienen sind.

Wochenlang zog sich nun mit echt deutscher Gründlichkeit die Verhandlung gegen die wirklichen Täter hin und das Gericht erkannte auf Todesstrafe. Wegen Mordes. Überall in der Welt wären sie freigesprochen worden. Gewiß, das formelle Recht sprach gegen sie; aber das Recht bestand dort nicht mehr, wo die Tat geschah. Und ob die tötende Kugel noch einen Lebenden traf, ist nicht feststellbar; vielleicht ereilte den Erschrockenen, der die erste Kugel pfeifen hörte, der Tod durch einen Herzschlag.

Die Quelle dieses Rechtsspruches aber ist, daß Unschuldige nicht länger leiden dürfen. Die Täter standen zu ihrer Tat mit allen Folgen und daß diese Folgen so schwere sind, daran ist schuld, daß nicht der Richtige getroffen wurde und daß die Belgier die Macht haben, alles zu tun, was sie wollen. Das macht den Spruch so besonders bitter, weil deutsches Rechtsempfinden im Feind auch immer und trotz allem noch den Menschen sieht, dessen Blut nicht ungesühnt vergossen werden darf. Besonders weil in den belgischen Zuchthäusern unschuldige Deutsche ein furchtbares Schicksal tragen müssen. Aber das Gericht, das deutsche Gericht hat es abgelehnt, irgendwelche Gefühlswallungen fast selbstverständlicher Art mitsprechen zu lassen; „wir haben nur die Aufgabe gehabt, den Tatbestand festzustellen, weiter nichts," sagte der Vorsitzende in der Begründung des Urteils. Und nur eine Selbstverständlichkeit war es, daß nicht etwa auf Aberkennung der Ehrenrechte entschieden wurde, denn ehrlos war die Tat nicht; nicht unehrenhaften Gründen ist sie entsprungen.

Aber tragisch ist sie, furchtbar tragisch. Und niemand weiß, wie die Lösung dieses Knotens sein wird. Niemand weiß, ob jetzt die Belgier die Unschuldigen freigeben werden, ob sie nicht hohnlächelnd den deutschen Gerichtsspruch beiseiteschieben werden. Selbst wenn das geschieht, was wird aus den Tätern? Auf Mord steht der Tod; freilich hat das Gericht beschlossen, die Täter der Begnadigung zu empfehlen. Wie aber werden sich auch hierzu die Belgier stellen, und da taucht die furchtbare Frage auf: Werden die Belgier nicht die Auslieferung der Verurteilten verlangen, ehe sie jene anderen freigeben? Sie haben ja die Macht dazu. Und das ist das Entscheidende, das heute Entscheidende. Denn Recht ist nur dort, wo Macht ist. Und ein waffenloses Volk hat kein Recht.

Wenn auch die Kugel den Falschen traf und damit schwerste tragische Schuld entstand — die eigentlichen Urheber der Bluttat sind jene, die zuerst durch Einbruch in unser Land jedes primitivste Recht mit Füßen traten. Über sie wird kein Recht gesprochen.

In dem entsetzensvollen Geschehen unserer Tage ist der Graff-Prozeß eins der dunkelsten Geschehnisse. Und er beweist wieder einmal, daß das Nebeneinander der Menschen nicht durch das Recht, sondern durch die Macht, die Stärke im Kampf um das Dasein sich bestimmt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Zusammensetzung des Reichstags.

In einem amtlichen Verzeichnis der Reichstagsmitglieder, das am 10. Juni abgeschlossen ist, wird folgender Personalstand des Reichstages angegeben: Deutschnationale Volkspartei (DNV.) 106 Mitglieder, Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD.) 100 Mitglieder, Zentrum (Z.) 65 Mitglieder, Kommunistische Partei (KP.) 62 Mitglieder, Deutsche Volkspartei (DV.) 44 Mitglieder, Nationalsozialistische Freiheitspartei (NF.) 32 Mitglieder, Deutsche Demokratische Partei (DD.) 28 Mitglieder, Bayerische Volkspartei (BV.) 16 Mitglieder, Wirtschaftliche Vereinigung (WV.) (Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund, Deutsch-Hannoversche Partei, Wirtschaftspartei) 15 Mitglieder, Deutschsoziale Partei (DS.) 4 Mitglieder, zusammen 472 Mitglieder. Diese Ziffern werden sich durch die wiederholt ausgeschriebenen Wahlen in Oberschlesien ändern. Die Zahl von 106 Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei kommt folgendermaßen zustande: Außer 103 ordentlichen Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion werden als Gäste aufgeführt der geschäftsführende Vorsitzende verschiedener Verbände Fritz Geisler, der auf der deutschnationalen Liste in Potsdam gewählt ist, Dr. Maretzky, der auf der Landliste gewählt ist, und Geh. Regierungsrat Hans Sachs.

Die bayerische Staatsautorität.

Der neue bayerische Innenminister Stützel hat die Geschäfte des Ministeriums mit einer Vorstellung der gesamten Beamtenschaft übernommen. Auf eine Begrüßungsansprache erwiderte er, er komme nicht ins Amt als Politiker. Die Politik habe bei seiner Berufung nur insofern eine Rolle gespielt, als er durch das Vertrauen einer politischen Fraktion in sein Amt berufen wurde. Er werde sein Amt nur nach seiner sachlichen Überzeugung und nicht etwa nach den Weisungen einer Partei führen. Als erste und größte Aufgabe habe er sich vorgesetzt, mitzuarbeiten an der Befestigung der bayerischen Staatsautorität.

Serbien.

× **Scharfe Note Jugoslawiens an Italien.** Durch Vermittlung des Belgrader italienischen Gesandten hat die südslawische Regierung eine scharfe Note an Italien gerichtet, in der sie auf die neuen Grenzzwischenfälle an der italienisch-südslawischen Grenze und die Verhaftung des südslawischen Zollbeamten verweist. Sie erklärt darin, daß diese Übergriffe unerträglich würden und verlangt die sofortige Freilassung des verhafteten Beamten.

Belgien.

× **Kriegsfurcht und Verdächtigung Deutschlands.** Der italienische Abgeordnete Tovini, der der interparlamentarischen Handelskonferenz in Brüssel beiwohnte, hat sich zu dem Pariser Korrespondenten des „Giornale d'Italia" über die Stimmung ausgesprochen, die heute Belgien beherrsche. In allen Unterredungen habe er die Befürchtung eines neuen europäischen Krieges, der in nicht zu weiter Ferne sei, aussprechen hören. Auch der frühere belgische Minister Devèze habe sich auf der Konferenz selbst in diesem Sinne geäußert. Das Unbestimmte, das die „kaiserliche Republik" (!) einhülle, laste wie ein Alpdruck auf allen Nachbarn. (!) Es ergebe sich für Belgien das Dilemma, entweder von Frankreich eine ganz konkrete Militärkonvention gegen eine neue deutsche Invasion zu fordern, oder zur früheren Neutralität zurückzukehren. Die Strömung für die Neutralität sei im Wachsen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Ausschuß des Verbandes der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hat in einer Sitzung in Goslar einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten die Schlichtungstätigkeit wiedergegeben wird.

Braunschweig. Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Berliner Stadtverordnete Otto Antrick ist hier im Alter von 65 Jahren gestorben. Er ist weithin bekannt geworden durch die achtstündige Dauerrede, die er in der berühmten Dezembernacht 1902 hielt, um das Zustandekommen des Zolltarifs zu verhindern.

Stuttgart. Als württembergischer Gesandter in Berlin tritt an die Stelle des in den Ruhestand versetzten bisherigen Gesandten Hildenbrand der Präsident des Landesfinanzamtes Stuttgart Dr. Bosler.

Washington. Die progressistischen Demokraten haben den Senator Lafolette als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Die Sozialdemokraten haben beschlossen, diese Kandidatur zu unterstützen.

Newyork. Nach Meldungen aus Rio de Janeiro ist der Militärputsch in Sao Paulo bereits niedergeschlagen und die Ordnung wiederhergestellt.

Die Ernteaussichten im Reiche.

Gute Weizen- und Kartoffelernte.

Über die diesjährigen Ernteaussichten liegen aus verschiedenen Teilen des Reiches Nachrichten vor, die noch kein

abschließendes Urteil, aber immerhin doch ziemlich sichere Mutmaßungen über den Ernteausfall gestatten. Was das Getreide angeht, so hat der Roggen, zumal die Wintersaat, durch den Frost sehr gelitten und zeigt fast durchweg einen lückenhaften Bestand. Man kann infolgedessen bei dieser Getreidefrucht höchstens mit einer Mittelernte rechnen, und auch das nur unter der Voraussetzung, daß das Wetter günstig bleibt. Dagegen dürfte der diesjährige Weizen, entgegen allen bisherigen Erwartungen, nicht nur an Menge, sondern auch an Beschaffenheit eine sehr gute Ernte ergeben. Ausgezeichnet stehen die Hackfrüchte, vor allem die Kartoffeln. Es ist hier eine Ernte zu erwarten, wie sie seit langem nicht dagewesen ist. Der Verbraucher darf also Hoffnung auf billige Kartoffelpreise haben. Die Rübenernte scheint sehr verschieden auszufallen. Während man aus Brandenburg einen vollständigen Fehlschlag meldet, wird aus anderen Gegenden des Reiches über sehr erfreuliche Ergebnisse berichtet. Gut entwickelt haben sich die Futtermittel. Der erste Heuschnitt ist, was Menge und Beschaffenheit anbetrifft, über Erwarten gut ausgefallen. Der Vollständigkeit halber muß mitgeteilt werden, daß in diesem Sommer das Unkraut, vor allem Hederich, besonders stark wuchert.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 10. Juli 1924.

☐ **Die gerichtliche Behandlung von Feriensachen.** In einer Verfügung des preußischen Justizministers wird es den Gerichten zur Pflicht gemacht, den diesmal voraussichtlich zahlreicher als sonst eingehenden Wünschen der Parteien auf Beschleunigung der Rechtsverfolgung während der Gerichtsferien so weit wie irgend möglich entgegenzukommen. Besonders soll mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftslage im Falle des Widerspruchs eines Schuldners nach vorausgegangenem Mahnverfahren stets geprüft werden, ob sich das Bedürfnis nach besonderer Beschleunigung nicht ohne weiteres aus den außerordentlich gespannten Wirtschaftsverhältnissen ergibt.

☐ **Versorgungsanwärter!** Versorgungsanwärter, die Inhaber des Zivilversorgungsscheines, des Zivildienstscheines gemäß § 10 des Wehrmachtversorgungsgesetzes und des Beamtenscheines sind, können nach einem Erlaß des Reichsministers der Finanzen eine Entschädigung von 2000 Goldmark gegen Rückgabe des Versorgungsscheines erhalten, sofern sie auf Grund der Personalabbauverordnung ohne Wartegeld oder Ruhegehalt entlassen worden sind oder am 31. Oktober 1923 bei Behörden vorgemerkt waren. Anträge müssen bei dem für den Wohnort zuständigen Versorgungsamt bis spätestens 31. August 1924 oder innerhalb dreier Monate nach der Entlassung aus dem Dienst gestellt werden. Den Inhabern der Versorgungsscheine, die bereits eine Entschädigung nach der Verordnung vom 30. Oktober 1923 erhalten haben, wird der Unterschiedsbetrag ohne weiteren Antrag nachgezahlt. Außerdem können diese Entschädigung auch Inhaber des Zivildienstscheines nach § 10 Wehrmachtversorgungsgesetzes erhalten, die am 31. Oktober 1923 bei Behörden noch nicht vorgemerkt waren, sofern sie den Schein erst nach dem 31. März 1923 erhalten haben.

+ **Halver,** 9. Juli. An hiesiger Station gelangen nunmehr auch Sonntagsfahrkarten 3. und 4. Klasse nach Lüdenscheid, Hagen und Elberfeld über Radevormwald zur Ausgabe. Ihre Geltungsdauer ist von Samstag mittag 12 Uhr bis Sonntag nachts 12 Uhr. Diese Neueinrichtung wird gewiß vom reisenden Publikum freudig begrüßt werden, zumal sich der Fahrpreis bedeutend billiger stellt als bei gewöhnlichen Fahrten.

× **Schalksmühle,** 9. Juli. Vielen Einwohnern von Schalksmühle und Umgegend ist wohl noch nicht bekannt, daß von Station Schalksmühle schon seit Ende Mai Sonntagskarten ausgegeben werden nach Hagen und Dechenhöhle.

Lüdenscheid, 8. Juli. Der neue Gemeindevorsteher. Die Gemeindevertretung Lüdenscheid-Land wählte gestern zum Gemeindevorsteher den Fabrikanten Otto Eichhoff-Brügge, zum Stellvertreter Ernst Jürgens-Grünenschlade bei Rosmart.

Soest, 8. Juli. Im Monat Juli 1924 finden folgende Versorgungssprechtage statt: Montag, den 21. Juli 24. 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in Hagen i./W. Kaisersaal, Elberfelderstraße; Dienstag, den 22. Juli 24. 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. in Siegen Bürgergesellschaft, Koblenzerstraße. Zweck der Versorgungssprechtage ist die ständige Fühlungnahme des Versorgungsamtes mit den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Am Sprechtage werden den Vorsprechenden Auskünfte in allen Versorgungsangelegenheiten erteilt. Ferner werden Anträge in Versorgungssachen aufgenommen. Der letzte Rentenbescheid oder sonstige Papiere (Militärpaß usw.) sind unbedingt mitzubringen. Orthopädische Angelegenheiten werden an den Sprechtagen des Versorgungsamtes nicht bearbeitet.

Die Hauszinssteuer für landwirtschaftliche Wohngebäude.

Von Dr. Kaufhold, M. d. L.

Das Plenum des Landtags hat sich wegen der dringenden Beratung des Etats bisher mit der zweiten preußischen Steuernotverordnung vom 19. Juni 1924 durch die die Hauszinssteuer vom 1. Juli auf 500 und vom 1. Okt. 1924 auf 600% erhöht wird und die auch die Heranziehung der bebauten Grundstücke, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, vom 1. Oktober 1924 ab zu einer Hauszinssteuer Höhe von 600% der Gebäudesteuer nach dem Gesetze vom 21. Mai 1861 vorsieht, leider noch nicht beschäftigen können.

Nachrichten aus dem Lande bestätigen aber, daß vor allem dieser letztere Beschluß angesichts der ungeheuerlichen, kaum noch tragbaren steuerlichen Belastung, die die preußische Landwirtschaft auf Grund von Reichs-, Staats- und kommunalen Abgaben jetzt schon hat, gewaltige Erbitterung in allen landwirtschaftlichen Kreisen hervorruft. Um diese Verbitterung parteipolitisch auszunutzen, gehen sogar gewisse Kreise dazu über, unrichtige Nachrichten über die Stellungnahme der einzelnen Parteien, insbesondere auch der Deutschnationalen Volkspartei, zu dieser Steuer zu verbreiten. So berichtet das Westfäl. Volksblatt in Nr. 144 vom 23. Juni 1924 und der Westfälische Bauer, das Organ des westfälischen Bauernvereins in Nr. 19 vom 25. Juni 1924 übereinstimmend und anscheinend auch aus derselben Quelle, nämlich aus der Zentralstelle der christlichen Bauernvereine in Berlin, daß für den Antrag die landwirtschaftlichen Wohngebäude zur Hauszinssteuer heranzuziehen gestimmt hätten: die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Demokratische Partei und die Mehrheitssozialisten, während das Zentrum gegen die Einziehung der Hauszinssteuer für landwirtschaftliche Grundstücke stimmte. Das Westf. Volksblatt läßt sich sogar von dieser Zentralstelle schreiben:

„Die Parteien, die für die Heranziehung gestimmt haben: die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und die Mehrheitssozialisten — sind mit Verantwortung belastet, die bisher schon vorhandene Doppelbesteuerung der landwirtschaftlichen Gebäude nun auch verdreifacht zu haben."

Wie liegen die Dinge tatsächlich? Der sog. Ständige Ausschuß des Landtags wurde zum 12. Juni einberufen, um sich mit der Beratung des Entwurfs einer zweiten preußischen Steuernotverordnung zu beschäftigen. In diesem Entwurf war seitens der Staatsregierung die Heranziehung der landwirtschaftl. Gebäude zur Hauszinssteuer nicht aufgenommen. Auf diese Lücke machte sofort der Berichterstatter über den Entwurf, der demokratische Abg. Dr. Höpker-Aschoff aufmerksam, indem er folgendes ausführte: „Im Lande werde es als indirekt empfunden, daß die Hauszinssteuer für allgemeine Staatszwecke in Anspruch genommen werden solle, ob wohl sie hauptsächlich von den Städten aufgebraucht werde und der ländliche Besitz nichts dazu beitrage. Zur Beseitigung dieser Unbilligkeit gäbe es zwei Wege. 1. Neben der Hauszinssteuer die Grundsteuer zu erhöhen. Auf dem Lande sei das allerdings sehr fraglich, weil die Interessen der Produktion im Vordergrund ständen. 2. könnte man die landwirtschaftlichen Wohngebäude zur Hauszinssteuer heronziehen; dem ständen aber große Verwaltungsschwierigkeiten entgegen, weil bei der Grundsteuer der ganze landwirtschaftliche Betrieb mit allem herangezogen werde. Dennoch müsse ein Weg gefunden werden, um die Landwirtschaft zur Hauszinssteuer heranzuziehen."

Der Finanzminister Dr. v. Richter lehnte die Heranziehung der landwirtschaftlichen Gebäude zur Hauszinssteuer vorerst ab, weil die Sachen nach der dritten Reichssteuernotverordnung vom 14. 2. 24 zweifelhaft sei und die Steuerverordnung im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens für ungültig erklärt werden könne.

Für das Zentrum sprach zunächst der Abgeordnete Metzinger. Dieser erklärte: „Die Steuer enthalte soviel Härten, daß es seinen Freunden schwer falle, der Vorlage zuzustimmen. Wenn man in dieser Weise selbst arme Leute zur Steuer heranzieht, so wäre zu erwägen, ob man nicht auch die Landwirtschaft heranziehen müsse. Die Landwirtschaft sei allerdings in einer schwierigen Lage. Viele Landwirte hätten noch die Erzeugnisse der letzten Ernte liegen, weil die Verbraucher aus Mangel an Mitteln nichts kaufen könnten."

Für die Heranziehung der landwirtschaftlichen Gebäude sprachen sich dann noch der demokratische Abg. Dr. Schreiber-Halle und der Abg. v. Eynern (DVP.) aus. Gegen die Steuer wandte sich aber sofort der deutschnationale Abg. Dr. v. Kries, der es wirtschaftlich für vollständig ausgeschlossen hielt, jetzt die Hauszinssteuer auf das platte Land auszudehnen und infolgedessen vorschlug, die Verteilung der Einkommensteuer auf den Staat und die Gemeinden anderweit zu regeln, und einen Teil der sog. Baugelder aus der Hauszinssteuer, soweit sie noch nicht vergeben seien, für Staatszwecke zu benutzen. Nach ihm sprach sich dann auch der Zentrumsabgeordnete Herold gegen die Heranziehung der landwirtschaftlichen Gebäude zur Hauszinssteuer aus.

Zur weiteren Beratung der Steuernotverordnung wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der am Sonnabend, den 14. Juni in einer mehrstündigen Sitzung sich mit der Notverordnung beschäftigte. In dieser Sitzung wurde noch einmal von deutschnationaler Seite alle die Gründe vorgebracht, die gegen die Heranziehung der landwirtschaftlichen Wohngebäude zur Hauszinssteuer sprechen. Die Hauszinssteuer beruht bekanntlich auf der 3. Steuernotverordnung, die den Ländern anheimgibt, einen Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken (§§ 26—33), einen Geldentwertungsausgleich bei unbebauten Grundstücken (§§ 33—36) einzuführen. Diese letztere Steuerart darf aber nach der 3. Steuernotverordnung erst am 1. November 1925 in Kraft treten. Die landwirtschaftlichen Wohngebäude gehören aber unbedingt zum landwirtschaftlichen Grundvermögen und sind in Preußen gemeinsam mit den Ländereien zu einem Vermögen veranlagt. Nach einer Auskunft des Reichsfinanzministeriums ist eine Heranziehung der landwirtschaftlichen Gebäude in Preußen zur Hauszinssteuer mit der 3. Steuernotverordnung nicht vereinbar. Auch der Abg. Herold (Ztr.) sprach sich im Unterausschuß noch einmal gegen die Heranziehung aus, weil sie eine Doppelbelastung sei.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des demokratischen Berichterstatters, des Abg. Dr. Höpker-Aschoff, mit 6 Stimmen (3 Sozialdemokraten, 2 Deutsche Volkspartei, 1 Demokrat) gegen 4 Stimmen (2Deutschnationale und 2 Zentrum) unter Stimmenthaltung des Kommunisten angenommen.

Mit diesem Beschluß des Unterausschusses beschäftigte sich der Ständige Ausschuß in einer neuen Sitzung am 18. Juni. In dieser Sitzung wurde von deutschnationaler Seite vor allem darauf hingewiesen, daß, da die landwirtschaftlichen Wohngebäude erst vom 1. Oktober ab zur Hauszinssteuer herangezogen werden sollten, in diesem Augenblick zweifellos kein Notstand vorliege, der den Ständigen Ausschuß ermächtige, unter Umgehung des Landtags diese Steuer zu beschließen. Die einzelnen Bestimmungen seien auch noch so unklar, daß der ganze Artikel, der sich mit der Hauszinssteuer für landwirtschaftliche Wohngebäude beschäftige, am besten aus der 2. preuß. Notverordnung herausgenommen und in einem besonderen Gesetzentwurf, mit dem sich dann der Landtag zu beschäftigen habe, behandelt würde. Die Gefahr sei jedenfalls sehr groß, daß wegen der Einbeziehung

Großkaufmann Selstermann.

Roman von Wilhelm Herbert.

47) Nachdruck verboten.

Nicht bloß, weil es sicher nicht der Wille meines Vaters ist und weil er mir gewiß nicht umsonst Johann und jetzt wieder den Traum geschickt hat. Ich will auch nicht zugrunde gehen, damit nicht die Leute sagen können: „Wie der Vater, so die Tochter!" Ich will auch durch die Art, wie ich lebe, beweisen, daß der Verdacht gegen meinen Vater unberechtigt war. Ich will ein in jeder Hinsicht einwandfreies Leben führen, daß man nicht aus meinem Tun und Lassen heraus irgend einen Stein auf das Grab meines Vaters werfen kann.

Und darum will ich auch den Spuren seines eigenen Lebens mit aller Ruhe nachgehen. Ich will warten, bis ich so ruhig bin und so viel Selbstbeherrschung habe, daß ich gar nichts versehe, daß jeder Schritt und Tritt, den ich in dieser Sache tue, sicher und fest ist!"

„Ich danke dir für die Blumen," sagte sie dann, „und für alles, was du mir gestern getan hast!"

„Das Beste dabei hab' ich nicht getan, sondern Johann und dann, Lore, ein Mann, der uns beiden ganz unbekannt war — du wirst ihn auch nicht kennen!"

„Von wem sprichst du, Gretchen?"

„Hat dir Johann noch nichts gesagt?"

„Nein, er hat von gestern gar nicht geredet. Er will mich offenbar verschonen damit. Was war mit mir?"

„Wie du plötzlich ohnmächtig wurdest, sprang ein fremder, stattlicher Mann herzu mit einem großen, dunklen Vollbarte und trug dich in ein Auto. Bis wir hierher fuhren, war er schon wieder da und hat dich die Treppe heraufgetragen — und er war es auch, der mir eben begegnete und die Blumen für dich gab. Ein Schreinermeister Hofmann ist es, der sein Haus und seinen Garten hinter dem Holzlager da drüben hat. Er hat dich schon oft singen hören und, weil er selber Geige spielt, eine große Freude an deinem Gesang und so auch ein lebhaftes Mitgefühl für dein Unglück!"

„Ach, wie romantisch," lächelte Lore wehmütig. „Gibt es wirklich noch einen Menschen, der gut von der Tochter des verlästerten Selbstmörders denkt?"

„So mußt du nicht reden! Es denken sicher viele wie er. Ich habe ihm übrigens versprochen, wenn ich von dir weggehe, zu ihm hinüberzukommen und ihm zu sagen, wie es dir ist!"

„Ich gehe selber mit, Gretchen."

„Wirst du dir nicht zu viel zumuten damit, Lore?"

„Nein! Nein! Die Schwäche ist schon vorüber. Ich bin doch sonst nie so gewesen und ich will keine derartigen Dinge mit mir aufkommen lassen. Ich brauche meine Kraft notwendiger als je. Und wenn der Mann mir so beigesprungen ist in der elendsten Stunde meines Lebens, dann wär's unrecht von mir, wenn ich nicht die erste Minute benutzen würde, in der ich wieder kann, um ihm zu danken!"

Johann machte zwar einige Einwendungen, als er von dem Vorsatz seiner Patientin hörte. Der prächtige Herbstmorgen aber tat sich immer herrlicher auf und schien ihm ein solcher Schrullenvertreiber, daß er nicht weiter in sie drang, zumal er Lore in Gretchens Geleit geborgen wußte.

So gingen denn die beiden Mädchen miteinander die Treppe hinab und die Straße entlang an dem Bretterzaun, der das Holzlager umfriedete.

Lore selbst war noch nie in diese Gegend gekommen, weil ihr Weg sie immer stadteinwärts geführt hatte.

Das Lager bildete die eine Seite der ganzen langen Nebenstraße, in die sie nun einbogen. Als sie deren Ende erreichten, lag die Freiheit vor ihnen. Die Stadt hatte hier mit einemmal ihr Ziel gefunden.

Vorläufig wenigstens, bis sie ihre nimmermüden Arme weiter und weiter in das Wiesenland hineinstreckte, das sich hier bis zum Waldrand zog. Hinter dem stiegen in blauer Ferne als wunderbarer Abschluß die Berge auf, deren breite, zum Teil heute von Neuschnee gekrönte Kette man hier überraschten Blickes vor sich sah.

„Wie nahe doch die Freiheit und Knechtschaft beieinander wohnen," sagte Lore und hielt an. „Es ist einem, als könnte man hier ein ganz anderer, froherer und glücklicherer Mensch werden wie ein paar hundert Meter rückwärts in den Mauern und Gassen.

Das glaub' ich schon, daß da gut Geige spielen ist — da müßte auch gut singen sein!"

Sie gingen langsam am Rand der tauglänzenden Wiesen hin, die dritte Seite der Bretterplanke entlang und standen dann plötzlich vor dem Garten Hofmanns, in dessen Mitte das kleine schmucke Haus mit der Werkstätte lag.

„Ach, ist das prächtig," rief die lebhaftere Lore halblaut und legte unwillkürlich die Hände ineinander. Der ganze niedere Zaun war von einer solchen Fülle von Herbstblumen in allen Farben durchrankt und überblüht, daß er wie ein Blumengitter aussah. Eine Allee gewaltiger Sonnenblumen zog sich von der Tür bis zum Hause hin, und an diesem und der angebauten Werkstatt wucherte und wuchs Weinlaub empor, das jetzt in feurigem Herbstrot erglühte.

Ueber die Wiese waren Obstbäume verstreut, aus deren Laubdach golden und purpurn die reifenden Früchte blinkten. Unter den Bäumen lag Wäsche ausgebreitet, die da in der warmen Sonne zu blendender Weiße bleichte.

Der Schreiner und sein hinkender grauhaariger Geselle waren emsig an der Arbeit, während das alte Mütterchen, umtanzt von dem mutwillig bellenden Dackel, sich an der Wäsche zu schaffen machte.

Heiner, der Geselle, leimte an einem kleinen, seltsamen Ding herum, worin man bei schärferem Zusehen die Umrisse einer Wiege erkennen konnte. Er brummte dabei ein leises Lied vor sich hin, in das der Meister mit heller Stimme lauter einfiel.

Hofmann selbst war um eine Truhe beschäftigt. Man sah auf den ersten Blick, es war ein Sarg. Das hinderte ihn nicht, bei der Arbeit sein heiteres Lied zu singen.

Die beiden Mädchen standen eine Weile am Zaun und beobachteten das frische, fesselnde Bild.

Sie hätten wohl noch länger gestanden, wenn sie nicht der Hund entdeckt hätte und durch das Gras laut bellend hergesaust wäre.

(Fortsetzung folgt.)

der landwirtschaftlichen Wohngebäude zur Hauszinssteuer das Oberverwaltungsgericht die ganze 2. preuß. Steuernotverordnung für ungültig erkläre, wie das auch in Braunschweig bereits aus einem anderen Grunde geschehen sei.

Aehnliche Ausführungen machte der Abg. Herold (Z.) Demgegenüber stellte der Abg. Dr. Höpker-Aschoff fest, daß die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Gebäude auf Anregung der gesamten Koalitionsparteien aufgenommen worden sei. Abg. Herold bestritt allerdings diese Behauptung und der Abg. Steger (Z.) wies ebenso wie der deutschnationale Redner daraufhin, daß, da die Steuer erst am 1. Oktober in Kraft treten solle, nicht der Ständige Ausschuß, sondern das Plenum darüber zu befinden habe. Bei der Abstimmung wurde dann der Artikel 3, der sich mit der Hauszinssteuer für landwirtschaftliche Wohngebäude befaßt, mit 16 Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten gegen 13 Stimmen des Zentrums, der Deutschnationalen und der Kommunisten angenommen.

Angesichts dieses aktenmäßigen Hergangs ist es gar nicht zu verstehen, wie Organe des Zentrums, insbesondere aber auch die Presseabteilung der christlichen Bauernvereine behaupten können, daß die Deutschnationalen im Ständigen Ausschuß oder im Unterausschuß für die Heranziehung der landwirtschaftlichen Wohngebäude zur Hauszinssteuer gestimmt hätten. Das gerade Gegenteil ist Wahrheit! Der erste Redner, der sich im Ständigen Ausschuß gegen die Heranziehung der landwirtschaftlichen Gebäude zur Hauszinssteuer ausgesprochen hat, und sie von vornherein für völlig ausgeschlossen erklärte, war der deutschnationale Abg. Dr. von Kries, nachdem alle anderen Redner vor ihm, darunter auch der Zentrumsabg. Metzinger sich dieser Heranziehung freundlich gegenübergestellt hatten. Bei den weiteren Verhandlungen haben dann die deutschnationalen und die Zentrumsredner gemeinsam diese neue Belastung der Landwirtschaft mit aller Energie bekämpft und bei jeder Abstimmung sowohl im Unterausschuß wie im Ständigen Ausschuß einmütig und geschlossen gegen diese neue Besteuerung der Landwirtschaft gestimmt.

Das wird auch bei den demnächstigen Verhandlungen im Plenum des Landtags der Fall sein. Von deutschnationaler Seite wird sich nicht eine einzige Stimme für diese 2. preuß. Steuernotverodnung, die im Landtag zunächst nur im ganzen abgelehnt oder angenommen werden kann, aussprechen. Da es bei der Abstimmung nur auf wenige Stimmen ankommen wird, wird auch die Deutschnationale Volkspartei dafür sorgen, daß bei dieser Abstimmung die Frakton möglichst vollzählig versammelt ist. Geschieht das auch von Seiten der Zentrumspartei, so wird es wesentlich darauf ankommen, wie sich die Deutsche Volkspartei bei den Verhandlungen im Plenum stellt. Wenn also das Zentrum im Interesse der preuß. Landwirtschaft irgend etwas erreichen will, so muß es in entsprechender Weise auf die Deutsche Volkspartei einwirken, was dem Zentrum als Koalitionspartei der D. V. auch wohl nicht schwer fallen dürfte.

Kleine Nachrichten.

Die Konferenz der Finanzminister.

Berlin, 8. Juli. Die Konferenz der Finanzminister der Länder mit der Reichsregierung über die Frage der Entschädigung aus der Überleitung der Eisenbahnen auf das Reich hat heute im Reichsfinanzministerium begonnen. Es sind sämtliche Finanzminister der Länder anwesend mit Ausnahme des bayerischen, der durch wichtige Beratungen im bayerischen Landtag am Erscheinen verhindert ist. Bayern wird auf der Konferenz durch den bayerischen Gesandten Preger vertreten.

Revision bei der Rentenbank.

Berlin, 8. Juli. Durch eine vom Aufsichtsrat der Rentenbank unter Mitwirkung der vom Reichsrat und vom Präsidenten des Deutschen Rechnungshofes bestellten Kommissare am 7. Juli 1924 vorgenommene Revision wurde festgestellt, daß die durch die Rentenbankverordnung vom 15. Oktober 1923 vorgeschriebene Deckung der Rentenbriefe und Rentenbankscheine vorhanden ist.

Eröffnung des Anhaltischen Landtags.

Dessau, 8. Juli. Der neu gewählte Anhaltische Landtag trat heute zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die bisherige Regierung ist noch nicht zurückgetreten, weil es bis zur Stunde nicht möglich gewesen ist, eine neue Regierung zu bilden. Zwecks Weiterführung der Verhandlungen über die Regierungsbildung wurde die Sitzung vertagt.

Turnen, Spiel und Sport.

Das Bezirksfest des 5. u. 6. Bezirks (Märk. Turngau) wird am Sonntag, 13. Juli, in Brügge gefeiert. Mit dem Fest verbunden wird Platzweihe und Fahnenweihe des Brügger Turnvereins am Samstag, 12. Juli. Der Brügger Turnverein kann sich glücklich schätzen, eine so wunderschöne Spielplatzanlage gleich an der Turnhalle jetzt zu besitzen. Kampfrichtersitzung ist Samstag nachm. 5 Uhr und abends folgt dann der übliche Festkommers. Am Sonntag früh um 7 Uhr beginnen die einzelnen Wettkämpfe aller Abteilungen. Männer, Frauen und Jugendliche beiderlei Geschlechts werden in den verschiedenen Uebungsarten des Gerät- und Volksturnens ihre Kräfte in friedlichem Wettkampf messen und versuchen, den schlichten Eichenkranz als Siegerpreis zu erringen. Nachmittags ist Festzug. Daran anschließend Endkampf um das Jugendbanner des 6. Bezirks im Schlagball zwischen den Mannschaften „Jahn"-Lüdenscheid und Schalksmühle. Sodann allgemeine Freiübungen und Schauturnen der Bezirke. Hoffen wir, daß der Wettergott den Turnern günstig gesinnt ist und das Fest einen guten Verlauf nimmt. Für kommenden Sonntag heißt also die Parole: Nach Brügge zum Turnfest! Gut Heil!

Westfälische Großhandelspreise vom 7. Juli 1924.

(Festgesetzt durch eine Notierungskommission, die paritätisch zusammengesetzt ist aus Groß- und Kleinhändlern sowie Verbrauchern).

Die Preise verstehen sich für 50 Kilo in Originalpackung ab Lager des Großhändlers in Münster, und zwar in Goldmark.

Gerstengraupen	16,50
Haferflocken	15,25
Kochstärke	27,00
Roggenmehl	12,50
Weicher Weizengrieß	—
Hartgrieß	23,00
70% Weizenmehl	14,50
do. Auszugsmehl	15,25
Viktoria-Erbsen	16,00
Grüne Erbsen	15,00
Weiße Bohnen	19,00
Linsen, große	35,00
Rüböl	43,00
Salatöl	59,00
Deutscher Perlsago	27,00
Makkaroni, lose	38,00
Schnittnudeln	20,00
Burma-Reis II. ung.	16,50
Siam-Patna-Reis	25,00
Grober Bruchreis	13,50
Ringäpfel, amerik.	78,00
Pflaumen sackw.	28,00
Korinthen in Kisten	62,00
Cleme-Rosinen	56,00
Sultana-Rosinen	68,00—70,00
Santos-Kaffee I, prima roh	190,00
für gebrannte Ware 30 Prozent mehr	
Santos-Kaffee II, superior roh	180,00
Fein blauer Kaffee	230,00—250,00
Malzkaffee, Kathreiner usw.	24,00—34,50
Kornkaffee, Selig usw.	24,00—34,50
Ersatzmischung, 20 Prozent	65,00
Kakaopulver	100,00
Tee in Kisten	360,00—410,00
Inlandzucker	34,00
Raffinadezucker	36,00
Kunsthonig	—
Marmelade I	56,00
Vierfrucht-Marmelade	40,00
Siedesalz in Säcken	4,50
Steinsalz in Säcken	3,00
Pure-land Schmalz	65,50
Margarine, handelsübliche	54,00
Margarine, Spezialmarke	75,00
Corned beef, per Kiste	28,50
Speck, gesalzen	60,00
Holländer, vollfett	90,00—120,00
do halbfett	—
Norweger Heringe (700—800), Tonne	23,00
Emdener Heringe (750—850) je Tonne	—
Zündhölzer. 100-Packung	19,50

Städtischer Viehhof Elberfeld. Bericht der amtlichen Notierungskommission vom 7. Juli. Auftrieb 811 Stück Großvieh, davon — argentinischer und 12 dänischer Herkunft, 206 Ochsen, 173 Bullen, 388 Färsen und Kühe, 44 Fresser, 646 Kälber, 2471 Schweine, hiervon — in Privatstallung, 217 Schafe. Es kosteten: Rinder: Ochsen a. 50—52, b. 44—46, c. 32—34, d. 20—25. Bullen a. 40—45, b. 30—33, c. 20—25. Färsen u. Kühe a. 50—52, b. 40—44, c. 33—36, d. 20—28, e. 14—18. Jungvieh a. 20—30. Kälber a. —, b 55—65, c. 50—55, d. 40—45, e. 30—40. Weidemastschafe: a. 38—42, b. 25—35. Schweine: a. 50—51, b. 51—52, c. 53—55, d. 53—55, e. 43—48, f. 40—48.

Tendenz des Marktes Großvieh schleppend, Schweine mittelmäßig, Kälber langsam. Einzelne ausgesuchte Tiere über Notiz.

Börse und Handel.

Rückläufige Kursbewegung.

* Berlin, 8. Juli.

Im heutigen Börsenverkehr machte sich vermehrtes Angebot seitens der Platzspekulation bemerkbar, wozu das Hinschleppen der Wirtschaftskrise und die verworrene außenpolitische Lage den Anlaß gegeben haben. Die rückläufige Kursbewegung erstreckte sich so ziemlich auf alle Gebiete mit Ausnahme der ausländischen Renten. 5prozentige Reichsanleihe setzte gegen den gestrigen niedrigen Anfangskurs etwas höher ein, schwächte sich dann aber bei mäßigen Umsätzen etwas ab, andere deutsche Anleihen bröckelten ebenfalls ab.

* Die Berliner Devisenbörse vom 8. Juli bringt bei unverändertem Dollarstand von 4,19 : 4,21 einen etwas höheren Pfundkurs, 18,155 : 18,245 und einen höheren Frankkurs von 21,55 : 21,65. Sonst keine Veränderung.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
Henko Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
spart Seife und Seifenpulver! Mitverwendung von Henko bei der Wäsche verbilligt das Waschen. Vorzügliches Einweichmittel.

Lager-Metall,
Modell- und Schriftmetall, Lötzinn, Hart- und Weich-Blei, Antimon, Schlaglot, etc. Lötkolben etc.
854 liefert prompt
Heinrich Borgmann, Hagen i. W.
Frankfurterstr. 3. :-: Fernruf 1566.

Saison-
Ausverkauf
Beginn: Donnerstag, den 10. Juli
Rücksichtslos herabgesetzte Preise
Die Schaufenster geben ein getreues Bild der diesmaligen Einstellung zu den bestehenden Verhältnissen. Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Massnahmen.
Kostüme, Mäntel
Kleider, Blusen, Röcke.
Die Preise sind bis zur Hälfte und zum Teil darüber ermässigt.
Alle anderen Warenbestände sind ganz bedeutend im Preise herabgesetzt.
Leopold Simon,
Lüdenscheid.

Vom 10.—25. Juli
gebe ich auf sämtliche Waren
10 % Rabatt.
Carl Fastenrath, Halver
Manufaktur- u. Confektionsgeschäft.

Getränkesteuer.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 15. April d. Js. weise ich nochmals darauf hin, daß die **Getränkesteuer** nach der erlassenen Getränkesteuer-Ordnung **allmonatlich bis zum 5.** für den abgelaufenen Monat ohne besonders Zahlungsaufforderung unter gleichzeitiger Einreichung einer Anmeldung über die Berechnung der Steuer bei den Gemeindekassen Halver und Schalksmühle zu entrichten ist.

Verspätete Zahlungen haben Entrichtung von Verzugszuschlägen zur Folge.

Halver, den 30. Juni 1924.

Der Amtmann.

Inserieren bringt Gewinn!

KOCHE AUF VORRAT
mit den vorzüglichen Frischhaltungsgeräten der
Firma WECK
Öflingen
Man verlange nur die WECK-Marke und lasse sich nicht täuschen.
Niederlage bei:
Wilh. Bell jr., Halver.
Kirchstraße 5.
Gustav Schröder, Schalksmühle.

1.
Angebot
in unserem

Saison-Ausverkauf

Damen-Konfektion

Wir haben jedes einzelne Teil vorgenommen und den Preis, ohne Rücksicht auf den Einkauf, bis zum Aeußersten heruntergesetzt, sodaß jeder Kauf ein Gelegenheitskauf darstellt. Bei dem Umfange und der Vielseitigkeit unseres Lagers ist es nicht möglich, alle Teile hier aufzuführen. Wir empfehlen daher in Ihrem eigensten Interesse eine Besichtigung unserer Schaufenster und Läger. In fast allen Abteilungen haben wir besondere Ausverkaufs-Angebote.

Nur einige Beispiele:

Ein Posten weiße Damen-Blusen	0.95
Ein Posten Frotté-, Voile-, Mousseline-Kleider	3.95
Ein Posten kunstseidene Jumper	4.95
Ein Posten Kostüm-Röcke	2.85
Ein Posten Mäntel	5.75
Ein Posten Jacken-Kleider	8.75
Ein Posten kunstseidene Damen-Kleider . .	10.50
Ein Posten Kinder-Kleider	1.95

Reinwollene
Damen-Kleider
Ausverkaufspreis
7.50 14.00 25.00 45.00 M.

Seidene
Damen-Kleider
Ausverkaufspreis
16.00 25.00 39.00 58.00 M.

Damen-Mäntel
Ausverkaufspreis
9.50 16.00 28.00 45.00 M.

Jacken-Kleider
Ausverkaufspreis
15.00 26.00 39.00 58.00 M.

Modell-Konfektion zu Aufsehen erregend billigen Preisen.

Gebrüder
Alsberg
Lüdenscheid

Reparaturen
an Motorräder, Fahrräder, Nähmaschinen, landwirtsch. Maschinen, Elektromotore, u. s. w. u. s. w.
führt aus
Ernst Wolfram,
Neuenbrücke
bei Kierspe-Bahnhof

Tanz-Schule
Die Schüler des Tanz-Unterrichts Ennepe, werden hiermit für **Samstag, den 12. Juli** in das Unterrichts-Lokal, Herrn E. Schulte-Ennepe, auf 8 Uhr abds. eingeladen.
Fr. Kattwinkel, Tanzlehrer.

Habe wieder
schwefelsauren
Ammoniak
am Lager vorrätig.
Albert Herdepe,
Halver Telefon 40.

Eine Partie leere
Säcke
leere Rübenkraut-
Fässer
und leere
Flaschen
hat billig abzugeben.
Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bhf.

Bäuerl. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Halver.
Auf Lager vorrätig:
schwefels. Ammoniak,
Thomasmehl,
Kainit, Mais.
Wir erhalten nächste Woche einen Wagen
Torfmull.
Bestellungen werden noch entgegengenommen.

Empfehle
Ia. Zigarren
Zigaretten
Rauch- u. Kau-
Tabak
Wiederverk z. Fabrikpreis.
Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

PREISLISTEN KATALOGE
für die
Kleineisenindustrie
werden als Spezialität schnell u. preiswert angefertigt.
Stelle aus meinem großen Vorrat Clichés kostenlos zur Verfügung.
Wilh. Bell jr.,
Halver.

Carbolineum
Gips, Kreide,
Leim
empfiehlt
Halversche Med.-Drogerie
Carl Menke.

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage
Futtermittel
zum billigsten Tages-preise dauernd abzugeben
Wilh. Becker,
Schnörrenbach.